

Antrag 105/II/2023 KDV Friedrichshain-Kreuzberg
Solidarität mit der kritischen Presse

Beschluss: Annahme mit Änderungen

In einer freiheitlichen Demokratie ist die freie Presse ein zentraler Baustein. Vor allem die kritische Berichterstattung über staatliche Stellen gehört zu den essenziellen Aufgaben der Presse in einer Demokratie. Hierbei muss sichergestellt sein, dass weder das berichterstattende Medium noch die recherchierenden Personen Repressionen und staatliche Verfolgung befürchten müssen.

Die internationale NGO „Reporter ohne Grenzen“ stuft die Lage der Pressefreiheit in Deutschland im Jahr 2022 zum wiederholten Mal in Folge herab, im internationalen Vergleich rangiert Deutschland damit auf Platz 21 von 180 Ländern. Ein ausschlaggebender Punkt sind vermehrte körperliche Übergriffe auf Medienschaffende. Die Organisation hat mit 103 Angriffen auf Medienschaffende im Jahr 2022 einen Höchststand verzeichnet. Die große Mehrheit dieser Fälle fand in verschwörungsideologischen, antisemitischen und extrem rechten Kontexten statt. Befragte angegriffene Journalist*innen beklagen sich häufig darüber, dass Angriffe auf Medienschaffende von Polizei und Justiz häufig nicht konsequent verfolgt werden. Auf Demonstrationen fühlen sich Berichterstattende von der Polizei teilweise zu wenig geschützt.

Die SPD Berlin hat daher auf ihrem Landesparteitag 2022 beschlossen, sich für ein regelmäßiges Austauschformat zwischen Presse, Polizei und Politik einzusetzen, bei dem das Geschehen auf Demonstrationen reflektiert und auch die Arbeit der Polizei kritisch hinterfragt werden soll. Die SPD Berlin begrüßt, dass die Innensenatorin die Vorschläge aufgegriffen hat.

Eine freie und kritische Berichterstattung - auch über die Polizei und die Justiz - muss Medienvertreter:innen ohne Angst vor negativen Folgen möglich sein.

Rechtsextremismus hat in dieser Gesellschaft keinen Platz und darf in Sicherheitsbehörden nicht toleriert werden. Strafanzeigen gegen Journalist:innen sind ein bekanntes Mittel aus dem rechten Milieu, um kritische Berichterstattung zu verhindern und die Pressefreiheit einzuschränken. Rechtsstaatliche Mittel dürfen nicht missbraucht werden um gegen freie Berichterstattung vorzugehen und oder Journalist*innen an ihrer Arbeit zu hindern.

Die SPD setzt sich für freie Berichterstattung ein, auch wenn sie polizeikritisch ist. Einschüchterungsversuche gegen Journalist:innen, die auf Missstände innerhalb der Polizei hinweisen, darf es nicht geben. Strafrechtliche Ermittlungsverfahren dürfen nur eingeleitet werden, wenn ein Anfangsverdacht für eine Straftat vorliegt. Die Pressefreiheit ist die unverzichtbare Voraussetzung für eine lebendige Demokratie.

Wir als Sozialdemokratische Partei setzen uns für die Freie Presse und die Arbeit der Journalist:innen ein. Wir verurteilen jegliche Versuche, eine freie Berichterstattung behindern zu wollen.

Überweisen an

AH Fraktion, Landesvorstand, Senat